



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 24.04.2012, 17:06 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Haushaltsentwicklung

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.1, 1.2 und 1.3 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kistler** (FB Finanzen) stellt zunächst die Vorl. Nr. 126/12 vor. Dabei geht er insbesondere auf die Ergebnisse des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes, die Entwicklung der Rücklage sowie den Schuldenstand des Haushaltsjahres 2011 ein. Anschließend erläutert er mit Verweis auf die Vorl. Nr. 110/12 die Übertragung von Haushaltsresten in das Haushaltsjahr 2012. Die Verwaltung habe das Ziel, im Jahr 2012 keinen Nachtragshaushalt aufzustellen. Bezüglich der Vorl. Nr. 108/12, Tagesordnungspunkt 1.3.1, erklärt Herr Kistler, dass die überplanmäßige Ausgabe aufgrund eines schnelleren Mittelabflusses notwendig sei und keine Kostensteigerung darstelle. Die überplanmäßige Ausgabe im Fachbereich Tiefbau und Grünflächen, Vorl. Nr. 132/12, sei aufgrund des Anstiegs der Pflegeflächen erforderlich.

Stadtrat **Dr. Schwytz** dankt dem Fachbereich Finanzen für die gute Aufarbeitung. Dabei begrüße er insbesondere die Erhöhung der Rücklage und die Verringerung des Schuldenstandes. Die vorgestellten überplanmäßigen Ausgaben halte er für nachvollziehbar.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt, dass ein positives Ergebnis aufgrund der konjunkturellen Lage bereits erwartet worden sei. Weiter betont er, dass die Entwicklung der Rücklage für die Zukunft und anstehende Investitionen sehr gut sei. Mit den überplanmäßigen Ausgaben sei er einverstanden.

Stadtrat **Weiss** freue sich über die Erhöhung der Rücklage. Er könne der Übertragung von Haushaltsresten und den überplanmäßigen Ausgaben zustimmen. Bezüglich der überplanmäßigen Ausgaben im Fachbereich Tiefbau und Grünflächen rät er dazu, bei der Genehmigung von Maßnahmen auch die Folgekosten zu betrachten.

Stadtrat **Dr. Vierling** unterstreicht, dass die Entwicklung des Haushaltes 2011 erfreulich verlaufen sei. Außerdem erkundigt er sich nach der auf Seite 2 der Vorl. Nr. 126/12 genannten negativen Auswirkungen des Finanzausgleiches 2012. Er ist der Meinung, dass die Mehreinnahmen der Jahre 2011 und 2012 teilweise für die dringlichsten Prioritäten, z. B. Schulbausanierungen, Ausbau der U3-Betreuung sowie Umsetzung der Maßnahmen des Gesamtenergiekonzeptes, verwendet werden sollten. Seine Fraktion rege an, einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 aufzustellen um die dringlichsten Projekte früher umsetzen zu können.

Stadtrat **Dr. Heer** teilt mit, dass seine Fraktion den vier vorgestellten Vorlagen zustimmen könne.

Das vorläufige Rechnungsergebnis bekräftige die Forderung seiner Fraktion, die Steuerhebesätze nicht zu erhöhen.

OBM **Spec** schildert, dass die Abschöpfungswirkung des Finanzausgleiches grundsätzlich mit zweijähriger Verzögerung eintrete. Dabei habe sich die bisherige Praxis, Rückstellungen für den Finanzausgleich zu bilden, bewährt. Er bedankt sich bei den Belegschaften und Führungskräften in der Wirtschaft, die dieses gute Ergebnis ermöglicht hätten. Auch die Stadt habe durch umfangreiche Investitionen und den Abbau des Sanierungsstaus einen Beitrag zu der positiven wirtschaftlichen Entwicklung geleistet. Die Stadt Ludwigsburg sei, auch aufgrund der strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen in der Vergangenheit, auf dem Weg zu einem generationengerechten Haushalt. Er betont, dass die haushaltsrelevanten Schulden nun einen Stand von unter 10 Millionen Euro erreicht hätten. Bei guter konjunktureller Entwicklung könne in den nächsten zwei bis drei Jahren eine komplette Tilgung der Restschulden erreicht werden. Im Sinne eines generationengerechten Haushaltes könnten dann Investitionen nicht mehr über Kredite, sondern durch Rücklagen, finanziert werden.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) ergänzt, dass bei Investitionen auch die vorhandenen Personalressourcen berücksichtigt werden müssten. Bezüglich der Entwicklung im Jahr 2012 hätten die Mitglieder eine Informationsvorlage mit Bericht über das erste Quartal 2012 erhalten. Im Bereich der Gewerbesteuer halte die bisherige positive Entwicklung derzeit an.

Abschließend ruft OBM **Spec** zur gemeinsamen Abstimmung über die Vorlagen Nr. 110/12, 108/12 und 132/12 auf.

TOP 1.1	- Vorläufiges Rechnungsergebnis 2011 - Entwicklung der Rücklagen	Vorl.Nr. 126/12
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 1.2	- Übertragung von Haushaltsresten in das Haushaltsjahr 2012 (Vorberatung)	Vorl.Nr. 110/12
---------	---	-----------------

Empfehlungsbeschluss:

Die in der Vorl. Nr. 110/12 aufgeführten Beträge werden als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2012 übernommen:

Anlage 1 zur Vorl. Nr. 110/12

Haushaltsreste des Verwaltungshaushalts 2011	2.788.700 EUR
--	---------------

Anlage 2 zur Vorl. Nr. 110/12

Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts 2011	6.599.400 EUR
Haushaltseinnahmereste des Vermögenshaushalts 2011	0 EUR

Gesamthaushaltsreste 2011	9.388.100 EUR
---------------------------	---------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 1.3 - Überplanmäßige Ausgaben im Jahr 2011

TOP 1.3.1 - Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft Vorl.Nr. 108/12

Beschluss:

Für die Baumaßnahmen des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft wird für das Jahr 2011 im Deckungsring 265 Bauausgaben eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 147.905,81 EUR genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch in 2011 nicht verbrauchte Mittel aus dem Deckungsring 261 Planungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beschluss:

Die im Deckungskreis „Grün“ des Verwaltungshaushalts des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen entstandene überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 116.934,70 € wird genehmigt. Die Deckung erfolgt durch die Finanzposition 1.9100.8500.000 „Allgemeine Deckungsreserve“.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 2

Eberhardstraße 1, Sanierung und Erweiterung
für Stadtmuseum, Kunstverein und
Touristinformation
Vergabe des Museumsausbaus

Vorl.Nr. 104/12

Beschluss:

Der Vergabe des Musealen Innenausbaus an die Firma Böhm GmbH, Liststraße 7, 71336 Waiblingen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 23.02.2012 mit einer Vergabesumme in Höhe von 648.000,-- Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) schildert unter Bezugnahme auf die Vorl. Nr. 104/12 die vorgeschlagene Vergabe des Museumsausbaus.

Die Mitglieder des Gremiums erklären einmütig ihre Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Stadtrat **Müller** merkt an, dass die Kostenberechnung der Verwaltung interessant gewesen sei.

Frau **Barnert** sagt zu, dass dies in Zukunft umgesetzt werde.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Haberzeth-Grau** erklärt Frau **Dr. Hollwedel** (FB Kunst und Kultur), dass die Präsentation des Stadtmodells senkrecht im Museum angebracht werde. Dank einer exzellenten Beleuchtung könne dadurch der Stadtraum sehr gut präsentiert werden.

Sodann ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 104/12 auf.

TOP 3 Jahresberichte 2011/Zuschüsse/Ausblicke 2012

TOP 3.1 Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH Vorl.Nr. 138/12
(Vorberatung)

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Bericht der Ludwigsburger Schlossfestspiele wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2012 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 800.000 € wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Wördehoff** (Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH) erläutert unter Verweis auf die Vorl. Nr. 138/12 den Jahresbericht 2011 der Schlossfestspiele, der die Erwartungen erfüllt habe. Die bisherigen Kartenverkäufe für die Spielzeit 2012 verlaufen bisher noch besser. Das Eröffnungskonzert und das Festkonzert zum 80-jährigen Jubiläum der Schlossfestspiele seien bereits ausverkauft. Er betont, dass das Konzept der Ludwigsburger Schlossfestspiele mittlerweile auch außerhalb der Region gewürdigt werde. Das Ziel sei, den Begriff „Festspielstadt Ludwigsburg“ zu etablieren und die Bekanntheit der Schlossfestspiele zu steigern.

Stadtrat **Meyer** lobt den Jahresbericht 2011, der hervorragende betriebswirtschaftliche Zahlen enthalte, sodass er dem Beschlussvorschlag gerne zustimmen könne. Als Manko betrachte er derzeit lediglich die Besucherzahlen. Für die Spielzeit 2012 sei ein sehr anspruchsvolles und spannendes Programm entwickelt worden.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion, die die Ausrichtung der Intendanz für

sehr gut halte. Außerdem ist er der Meinung, dass in jedem Geschäft in Ludwigsburg das Programm der Schlossfestspiele ausliegen sollte.

Stadtrat **Weiss** könne der Vorl. Nr. 138/12 ebenfalls zustimmen. Das Programm für die Spielzeit 2012 wecke das Interesse potenzieller Besucher und sei eine gute Mischung. Auch das Preis-Leistungs-Verhältnis der Schlossfestspiele sei richtig.

Stadtrat **Dr. Vierling** stimmt für seine Fraktion der Beschlussvorlage zu. Er äußert große Anerkennung für die Intendanz, kritisiert allerdings, dass noch kein neuer Chefdirigent gefunden worden sei. Darüber hinaus vertritt er den Standpunkt, dass das Programm zu innovativ und insbesondere problematisch für die Traditionsbesucher sei. Da die Auslastung in den Jahren 2010 und 2011 nicht befriedigend gewesen sei, regt er an, weitere Maßnahmen zur Steigerung der Auslastung zu ergreifen. Weiter kritisiert er, dass nur für zehn Veranstaltungen Schülerkarten im Vorverkauf erworben werden könnten.

Stadtrat **Müller** könne dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen, da die Verantwortlichen der Schlossfestspiele im Jahr 2011 sehr gute Arbeit geleistet hätten. Er möchte wissen, ob die Erhöhung des Zuschusses von 750.000 Euro im Jahr 2011 auf 800.000 Euro im Jahr 2012 eine einmalige Erhöhung aufgrund des Jubiläums darstelle.

OBM **Spec** führt aus, dass der höhere Zuschuss im Jahr 2012 auf die Rücknahme der allgemeinen Zuschusskürzungen zurückzuführen sei.

Herr **Wördehoff** schildert, dass der Vertrag mit dem Chefdirigenten, Herr Hofstetter, Ende des Jahres 2012 auslaufen werde. Derzeit werde, in Absprache mit den Mitgliedern des Orchesters, überlegt, in den nächsten zwei Jahren verschiedene Dirigenten vorzustellen. Anschließend könne darunter ein Dirigent oder eine Dirigentin für die Zukunft ausgewählt werden.

Herr **Schmitz-Gielsdorf** (Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH) erklärt, dass die Einnahmen durch Sponsoring für die Schlossfestspiele 2012 eventuell noch erhöht werden könnten. Er berichtet weiter, dass die Auslastung im Jahr 2011 bei 71 % gelegen habe und sich die Auslastung für 2012 positiv entwickle. Bei dem Ziel des Aufsichtsrates, insgesamt 33.000 Eintrittskarten zu verkaufen, seien aktuell 15.674 Karten verkauft worden. Auch die erwünschten Einnahmen seien mit bisher 700.000 Euro zu rund 60 % erreicht worden.

TOP 3.2

KulturWelt e.V.

Vorl.Nr. 143/12

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) verweist auf die Beratungsunterlage Vorl. Nr. 143/12 und bemerkt, dass KulturWelt e. V. ausnahmsweise ihren Jahresbericht 2011 vorstelle, da der Verein im Jahr 2011 erstmals einen städtischen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro erhalten habe. Im Rahmen der letzten Haushaltsplanberatungen sei die Förderung auf 30.000 Euro, befristet für drei Jahre, erhöht worden.

Herr **Piwonka** und Frau **Beenken** (KulturWelt e.V.) schildern anhand einer Präsentation und verschiedenen Videoausschnitten die Projekte des Vereins KulturWelt.

Dabei gehen sie insbesondere auf folgende Punkte ein:

- kulturelle und kulturpädagogische Arbeiten
- Zielgruppe
- KulturWelt-Produktionen

- KulturWelt-Gastspiele
- Schülervorstellungen
- Theater- und Zirkuspädagogik
- Kooperationsprojekte
- Finanzplan 2011
- Ausblick und Planung 2012

Die Mitglieder des Gremiums loben einmütig die Arbeit des KulturWelt e. V.

Stadträtin **Schittenhelm** regt an, die Befristung nach den genehmigten drei Jahren aufzuheben um den KulturWelt e. V. unbefristet zu fördern.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Haberzeth-Grau** stellt Herr **Piwonka** klar, dass der Verein auch von anderen Städten Zuschüsse erhalte.

TOP 3.3

Veranstaltungsstätten ARENA LUDWIGSBURG,
Forum am Schlosspark mit Louis-Bührer-Saal,
Musikhalle

Vorl.Nr. 145/12

Beratungsverlauf:

Frau **Roser** (FB Kunst und Kultur) stellt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 145/12 die Jahresberichte 2011 der Veranstaltungsstätten ARENA, Forum am Schlosspark mit Louis-Bührer-Saal sowie Musikhalle vor. Sie legt insbesondere Zuschussbedarf, Belegungsstatistik, Erfolgsplan und operatives Geschäftsergebnis der einzelnen Veranstaltungsstätten dar. Bezüglich der Anlage 1 zur Vorl. Nr. 145/12 merkt sie an, dass der endgültige Jahresverlust im Jahr 2011 mit den gesamten Abschreibungen 2,08 Mio. Euro betrage.

Stadträtin **Kopf** lobt das vorgestellte gute Ergebnis der Veranstaltungsstätten. Sie bittet um Informationen bezüglich der Abarbeitung des Sanierungsstaus im Forum am Schlosspark.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt, dass er mit den Veranstaltungsstätten zufrieden und die Auslastung der Räume besser als erwartet sei.

Stadtrat **Weiss** ist der Meinung, dass das Management der Veranstaltungsstätten auf einem guten Weg sei. Er erkundigt sich nach den Gründen für die hohe Abschreibung und dem Rückgang der Mieteinnahmen für die Arena. Außerdem möchte er wissen, ob nach der Bildung des Eigenbetriebes eine neue Planung für das Jahr 2012 aufgestellt werde.

Stadtrat **Kopp** erinnert an den Haushaltsantrag seiner Fraktion, den Jahresverlust im Erfolgsplan der Arena auf 2 Mio. Euro zu beschränken. Diese Zuschusshöhe sei für seine Fraktion akzeptabel.

Stadtrat **Müller** begrüßt die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Auslastung und des Zuschussbedarfes.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt klar, dass in den Abschreibungen auch unbewegliches Vermögen enthalten sei.

Frau **Roser** teilt mit, dass sie derzeit noch im Dialog mit dem Staatstheater Stuttgart stehe. Um den Sanierungsstau im Forum am Schlosspark aufzuheben, werde dieses Jahr eine neue Tonanlage im Theatersaal installiert, neue Tische gekauft sowie Malerarbeiten durchgeführt. Sie erläutert, dass die Preise der Logen in der Arena nicht mehr marktkonform seien. Dagegen sei es einfacher, die Eventloge in der Arena zu vermarkten.

Beratungsverlauf:

Herr **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt unter Bezugnahme auf die Vorl. Nr. 095/12 das Themenfeld 0 – Allgemeine Indikatoren des Indikatorensets zum Stadtentwicklungskonzept vor. Dabei geht er anhand von Grafiken insbesondere auf folgende Punkte ein:

- Zeitplan
- Vorgehensweise
- Arten von Indikatoren
- Alterspyramide
- Bodenflächen nach Nutzungsarten
- Höhe der Rücklage
- Höhe der Zuführungsrate
- Kommunale Schulden je Einwohner (mit Eigenbetrieben)

Anschließend erläutert Frau **Kölmel** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) die folgenden Indikatoren des Themenfeldes 3, Wirtschaft und Arbeit, sowie deren Zielwertkorridor:

- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen
- Arbeitsmarktzentralität
- Existenzgründungsquote
- Zentralitätskennziffer
- Arbeitslosenquote
- Anzahl der Auszubildenden

Stadtrat **Weiss** kritisiert, dass der Indikator Existenzgründungsquote seiner Meinung nach keine Aussagekraft besitze.

Stadtrat **Dr. Vierling** findet die Indikatoren gut und interessant. Allerdings schlägt er vor, die Indikatoren des Themenfeldes 0, Allgemeine Indikatoren, um mehr Zielerreichungsgrade zu ergänzen. Darüber hinaus könne zusätzlich ein Indikator zur Steuerkraft aufgenommen werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** betont, dass die Vorl. Nr. 095/12 zeige, dass sich die Stadt Ludwigsburg gut entwickle. Er ist der Ansicht, dass die Zielwerte der einzelnen Indikatoren gelegentlich hinterfragt werden sollten. Er regt an, bei dem Themenfeld Wirtschaft und Arbeit auch negative Indikatoren, wie zum Beispiel die Anzahl der Insolvenzen, aufzunehmen.

OBM **Spec** ergänzt bezüglich der Allgemeinen Indikatoren in der Vorl. Nr. 095/12, dass die gesetzliche Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt 400.000 Euro, nicht 8 Millionen Euro, betrage.

Stadtrat **Müller** schlägt vor, im Rahmen eines Workshops über die Indikatoren und Zielwerte zu diskutieren. Außerdem vertritt er den Standpunkt, dass relative Kennzahlen besser als absolute Kennzahlen seien. Weiter bemängelt er, dass das Themenfeld 0 keinen Indikator zur Bürgerbeteiligung enthalte.

Stadtrat **Hillenbrand** sieht den Vergleich bei dem Indikator Bodenfläche nach Nutzungsarten mit dem Land Baden-Württemberg kritisch. Er betont, dass eine stark gemischte Wirtschaftsstruktur wichtig sei um Konjunkturschwankungen auszugleichen.

OBM **Spec** ergänzt, dass eine vertiefte Diskussion im Zuge einer Klausurtagung oder in kleinen Arbeitsgruppen erfolgen könne.

Empfehlungsbeschluss:

- 1.) Der neuen Eingruppierungskonzeption für die Einrichtung von ständigen Stellvertretenden Leitungen und der Höhergruppierung der Zweitkräfte wird zugestimmt. Die Kosten liegen für 2012 bei insgesamt 207.344 €. Die Einrichtung der Stellen für Stellvertretende Leitungen soll zum 01.09.2012 mit Kosten in Höhe von 16.689 € für das Jahr 2012 erfolgen. Die Höhergruppierung der Zweitkräfte soll zum 01.05.2012 mit Kosten in Höhe von 190.655 € für das Jahr 2012 erfolgen.
- 2.) Der Einrichtung von 14 Ausbildungsplätzen zur Praxisintegrierten Ausbildung für ErzieherInnen ab September 2012 mit Mehrkosten von 55.533 € für das Jahr 2012 wird zugestimmt.
- 3.) Die Verwaltung wird ermächtigt im Rahmen der derzeit laufenden KiTaVO-Verhandlungen mit den Trägern des Kindergartenvertrags analog der Beschlüsse 1 und 2 vorzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer (beruflich verhindert)
Stadtrat Kopp (krank)

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt zur Vorl. Nr. 111/12 aus, dass die Verwaltung einen Fachkräftemangel im Bereich der Kindertageseinrichtungen erwarte. Dabei habe die Stadt Ludwigsburg einen erheblichen Wettbewerbsnachteil, da die Nachbarkommunen das Fachpersonal in höheren Entgeltgruppen eingruppiere. Außerdem habe die evangelische Kirche die Höhergruppierung aufgrund eines internen Tarifvertrages bereits vorweg umgesetzt.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) ergänzt, dass die bisherige Eingruppierung der Stadt Ludwigsburg auch tarifkonform gewesen sei. Allerdings werde jetzt der Unterschied zwischen Gruppenleitungen und Zweitkräften aufgehoben.

Stadtrat **Dr. Heer** erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen könne. Er möchte jedoch wissen, warum die Auszubildenden der Praxisintegrierten Ausbildung für ErzieherInnen lediglich mit 10 % auf den Personalschlüssel angerechnet würden.

Stadträtin **Kopf** begrüßt den Beschlussvorschlag, da eine Höhergruppierung erforderlich sei um gutes Personal zu erhalten. Außerdem spricht sie sich für das duale System aus, welches neue

Zugänge zu dem Berufsbild schaffen und die Attraktivität der Ausbildung steigern könne.

Stadtrat **Dr. Bohn** könne der Vorlage zustimmen, da die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden müssten.

Stadtrat **Dr. Vierling** betont, dass die vorgeschlagene Höhergruppierung lediglich eine geringere Verbesserung bedeute und nur der erste Schritt sei.

EBM **Seigfried** legt dar, dass eine Anrechnung der Auszubildenden auf den Fachkräfteschlüssel von über 0,1 im zweiten Ausbildungsjahr bzw. 0,2 im dritten Ausbildungsjahr nicht möglich sei. Die Auszubildenden hätten zu Beginn der Ausbildung keinerlei pädagogische Erfahrung und besuchen zudem für durchschnittlich 20 Wochenstunden die Fachschule für Sozialpädagogik.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass die Finanzierung im laufenden Haushaltsjahr 2012 durch Haushaltsreste und ähnliches geregelt sei. Allerdings könne die Finanzierung in den kommenden Jahren nicht durch zufällige konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen abgesichert werden. Die Höhergruppierung führe zu laufenden erheblichen Zusatzausgaben und müsse konjunkturunabhängig finanziert werden. Um diese Mehrausgaben zu decken, müssten die Steuerhebesätze im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2013 erhöht werden.

Abschließend ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 111/12 auf.